

Hollandes letztes Aufgebot

Neue Regierung, neue Gesetze – die politische Klasse hat nur die Präsidentschaftswahlen im Blick

Von Jürgen Liminski

Frankreichs Präsident Francois Hollande macht Ernst. Oder bläst er wieder nur die Backen auf und pfeift dann doch nicht, wie schon in den Jahren zuvor? Seine neue Regierung bereitet jedenfalls ein Gesetz zur Reform des Arbeitsmarktes vor, das sich an der Agenda 2010 von Gerhard Schröder, des heimlichen Vorbilds und Schreckens der Sozialisten in Frankreich, misst. Denn es sieht eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes und eine indirekte Aufhebung der 35-Stunden-Woche sowie eine Entmachtung der Gewerkschaften vor. Mit anderen Worten: Die neue Regierung Valls hat das Visier heruntergeklappt und reitet jetzt gegen die eigene Partei an.

Aber Hollande und Valls haben keine andere Wahl, wenn sie an der Macht bleiben und das heißt die Arbeitslosigkeit senken wollen. Alle bisherigen Versuche sind gescheitert und die Regierungsumbildung, die eigentlich in Frankreich ein probates Mittel ist, um einer erlahmten Politik neuen Schwung zu geben, droht als letzte Patrone zum Rohrkrepiierer zu werden. Denn zwar hat Hollande die Grünen mit drei Ministern an den Regierungstisch zurückgeholt, aber zwei dieser Minister hatten mit ihrer Partei sowieso schon gebrochen und die Nummer drei, die frühere Parteichefin Emmanuelle Cosse, erklärte bereits am ersten Tag, daß sie gegen den von Valls vorgelegten Gesetzentwurf zur Aberkennung der französischen Staatsbürgerschaft bei terroristischen Verbrechen stimmen werde. Auch ist sie gegen den Ausbau des Flughafens in Nantes, ein hoch umstrittenes Regierungsprojekt wie seinerzeit Stuttgart 21. Ein anderer neuer Minister, Jean Michel Baylet, sprach sich erneut für die Legalisierung des Cannabis-Konsums aus, was die erste Regierung Valls bereits vom Tisch gewischt hatte. Und zwischen Valls selbst und seinem Außenminister und früheren Premierminister Jean-Marc Ayrault bahnt sich ebenfalls ein Krach an. Ayrault soll den deutsch-französischen Motor wieder anlaufen lassen. Aber Valls hat auf der Sicherheitskonferenz in München offen erklärt, dass Frau Merkel für ihre Willkommenspolitik ohne Frankreich auskommen muss. Für Ayrault eine ziemlich unbequeme Position.

Der Effekt der Regierungsumbildung ist also verpufft, noch bevor die Mannschaft zu ihrer ersten Kabinettsitzung zusammenkam. Jetzt kann nur ein Gesetz helfen, das Tatsachen schafft. Für die Franzosen ist außerdem unklar, warum es überhaupt zu einer derart theatralisch inszenierten Regierungsumbildung kam. 73 Prozent aller Franzosen halten sie für überflüssig und sinnlos. Nach Ansicht der meisten Kommentatoren diene die Umbildung der Regierung einzig dem Zweck, das linke Lager hinter Hollande mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen zu sammeln. Aber noch am Abend der Verkündung der neuen Mannschaft gab der Chef der Links-

Partei und Europa-Abgeordnete Jean-Luc Melenchon seine Kandidatur für diese Wahlen bekannt und bezeichnete die geplanten Vorwahlen im linken Lager als Theaterstück, in dem er nicht mitspielen wolle. Er wird sich auch dem neuen Arbeitsmarkt-Gesetz verweigern, wenn es denn im April wie angekündigt in die Nationalversammlung kommt. Für den Fall großer Widerstände lässt Hollande schon mal verbreiten, daß man die Abstimmung nach dem Fallbeil-Artikel 49-3 der Verfassung durchführen werde, also ohne Debatte und verbunden mit der Vertrauensfrage. Scheitert es, stehen Neuwahlen an.

Während das linke Lager sich öffentlich auseinanderstreitet, ist das bürgerlich-konservative Lager über den Gesetzentwurf erstaunt und hat Mühe, seinen eigenen Vorwahlstreit unter der Decke zu halten. Anfang der Woche meldete sich ein neuer Kandidat, der frühere Parteichef Jean-Francois Copé für diese Wahlen an und erhöhte damit die Zahl der Kandidaten auf fünf, andere könnten noch folgen. Die besten Umfragewerte von ihnen hat bislang der ehemalige Premierminister Alain Juppé, den man links von der Mitte einordnen kann. Immer besser ins Rennen kommt aber auch Ex-Premier Francois Fillon, der einzige, der bisher ein kohärentes Programm aufweist. Ex-Präsident Sarkozy ist ziemlich abgeschlagen. Zudem läuft gegen ihn ein Ermittlungsverfahren.

Die Vorwahlen im bürgerlichen Lager sollen im November abgehalten werden. Wer immer von den Kandidaten 2017 dann ins Rennen geht – vermutlich gegen Hollande –, er hat gute Aussichten der nächste Präsident Frankreichs zu werden. In der Stichwahl wird er auf die Vorsitzende des Front National, Marine Le Pen, stossen, die nach den Umfragen auf jeden Fall in die Stichwahl kommt. Nach diesen Umfragen hätte Le Pen nur eine Chance, diese Wahl zu gewinnen, wenn ihr Gegner Hollande hieße. Sie arbeitet schon an einem neuen Programm, das ihr erlaubt, in die bürgerliche Mitte vorzustossen und sogar darüber hinaus. All diese Machtkalküle offenbaren jedoch nur, daß die politische Klasse in Paris den Kontakt zu den Menschen und ihren Sorgen verliert. Denn während die Politiker sich in Ranküne und Tricksereien ergehen, wächst im Volk der Unmut. Seit Wochen protestieren die Bauern und das immer heftiger – in einem Agrarstaat wie Frankreich ist das nicht zu unterschätzen.